

Reichs-Gesetzblatt

Jahrgang 1918

Nr. 182

Inhalt: Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen. G. 1427.

(Nr. 6585) Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen.
Vom 14. Dezember 1918.

Der Reich der Volksbeauftragten verordnet mit Gesetzeskraft für das Reich was folgt:

§ 1

Die Zwangsvollstreckung gegen einen Schuldner, der Kriegsteilnehmer ist oder war, ist bis zum 1. Juli 1919 nur mit Bewilligung des Vollstreckungsgerichts zulässig. Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn ihre Verjagung nach den Umständen des Falles offenbar unbillig wäre. Vor der Bewilligung ist der Schuldner zu hören. Gegen die Entscheidung findet die sofortige Beschwerde statt.

§ 2

Kriegsteilnehmer im Sinne dieser Verordnung sind außer den im § 2 Abs. 1 des Gesetzes, betreffend den Schutz der infolge des Krieges an der Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 328) bezeichneten Personen auch die Personen, die vermöge ihres Dienstverhältnisses, Amtes oder Berufs zu den immobilen Teilen der Land- oder Seemacht gehören, sowie diejenigen Personen, die sich in Ausübung des vaterländischen Pflichtenfestes im Ausland aufhalten.

§ 3

Gerichtsgebühren werden nicht erhoben. Die Anwaltsgebühren betragen zwei Schuttele des Satzes des § 9 der Gebührenordnung für Rechtsanwälte. Der Wert des Streitgegenstandes ist von dem Gerichte nach freiem Ermessen, höchstens jedoch auf den zwanzigsten Teil des Wertes des zur Vollstreckung stehenden Anspruches festzusetzen.

Reichs-Gesetzbl. 1918.

Abgedruckt zu Berlin den 17. Dezember 1918.